

Finanzstatus

SACHLAGE

A. Orientierungsdaten/Steuerschätzung

Die Orientierungsdaten des Landes NRW (O-Daten) vom Oktober 2002 und die Ergebnisse der Tagung des Arbeitskreises Steuerschätzung vom November 2002 machen eine Überprüfung der im Zuge der Haushalts- und Finanzplanung für die Jahre 2002 bis 2007 geschätzten Ansätze erforderlich, weil mit erheblichen Mindereinnahmen zu rechnen ist. Wegen der zz. nicht überschaubaren Entwicklungen der einzelnen Steueraufkommen wird der Überprüfungszeitraum auf die Jahre 2003 sowie 2004/05 (Zeitraum des nächsten Zweijahres-Haushaltes) beschränkt. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass deutliche Risiken gegeben sind.

B. Beschluss Landesregierung

Der Städtetag NRW hat mitgeteilt, dass das Land wegen seiner Steuerausfälle die finanzielle Ausstattung des Steuerverbundes 2003 um insgesamt 366,4 Mio. € zurückfahren muss. Dies hat Auswirkungen auf Zweck-, Bedarfs- und Schlüsselzuweisungen sowie auf die Investitions-pauschale und basiert auf aktuellen Beschlüssen der Landesregierung

AUSWIRKUNGEN

1. Auswirkung von O-Daten und Steuerschätzung

Bei der Neuberechnung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer wurde auf die Null-Veränderungsrate gem. Steuerschätzung zurück gegriffen, weil diese sowohl die ab 2003 gültige Umbasierung der Schlüsselzahlen als auch die Auswirkungen des Flutopfersolidaritätsgesetzes berücksichtigt. Den restlichen Neuberechnungen liegen – z. T. leicht modifiziert – die Veränderungsdaten der Orientierungsdaten des Landes zu Grunde.

Es ergeben sich bei allen genannten Einnahme- und Ausgabepositionen Verschlechterungen für den städtischen Haushalt. Die zu erwartende Anhebung des Umlagesatzes bei der Landschaftsumlage wird zu weiteren Verschlechterungen führen, die sich für die einzelnen Jahre auf ca. 6,1 bis 6,5 Mio. € belaufen werden.

Bei der Jugend- und Sozialhilfe hat die Fachdienststelle unter Hinweis auf besonders hohe Schätzungsrisiken für die Jahre 2003 bis 2005 jährliche Mehrbedarfe zwischen 14,1 und 15,0 Mio. € geschätzt. Risiken bestehen u. a. wegen nicht absehbarer Auswirkungen des Hartz-Papieres, gestiegener Fallzahlen und zu zahlender Weihnachtsbeihilfen.

Unabhängig von der unten stehenden Übersicht ist darauf hinzuweisen, dass die Stadt Wuppertal durch die Anhebung der Steuer für Gas jährlich mit ca. 200.000 EURO belastet wird.

2. Reduzierung des Verbundbetrages

Bei der allgemeinen Investitionspauschale kommt es zu einer radikalen Kürzung um 278,8 Mio. €, es verbleibt ein Gesamtbetrag von 23,6 Mio. € für die Gemeinden in NRW. Für Wuppertal errechnet sich ein Betrag von 368.160 €, dem allerdings noch der negative Abrechnungsbetrag 2001 i. H. v. 417.507 € gegenüber steht. Die Schlüsselzuweisungen werden auf das Niveau von 2002 zurück gefahren, was gegenüber der bisher zu Grunde gelegten Ausgangszahl gem. der 1. Proberechnung des LDS eine deutliche Verringerung bewirkt.

Die speziellen Zweckzuweisungen werden weiterhin bis auf die Höhe der vorliegenden Verpflichtungsermächtigungen abgeschmolzen. Dadurch würden gegenüber dem Regierungsentwurf rd. 69 Mio. € eingespart. Konkrete Zahlen für Wuppertal lassen sich hiervon nicht ableiten.

Die Bedarfszuweisungen werden gegenüber den Ansätzen 2002 um rd. 50 v. H. gekürzt. Genauere Berechnungen sind hier nicht möglich.

Übersicht, Angaben in €, - = Verschlechterung

	Einn./Ausg.	2003	2004	2005
Gewerbesteuer	E	- 202.500	- 2.330.100	- 4.627.400
EST-Anteil d. G.	E	- 12.702.000	- 16.004.600	- 15.291.600
USt-Anteil d. G.	E	- 833.200	- 843.200	- 815.700
Schlüsselzuweisung ¹⁾	E	- 17.481.000	- 8.535.322	- 3.852.322
FamLeistungsausgl.	E	- 664.800	- 1.116.600	- 1.283.900
Investitionspauschale	E (VmH)	- 4.744.740	-	-
Zwischensumme	E	-36.628.240	-28.829.822	-25.870.922
GewStUmlage	A	- 1.210.300	- 409.200	- 867.000
Zwischensumme	E u. A	-37.838.540	-29.239.022	-26.737.922
Jugend- u. Sozialhilfe	Zuschussbed.	- 14.100.000	- 14.600.000	- 15.000.000
Grundsicherung ²⁾	A	- 2.700.000	- 2.700.000	- 2.700.000
städt. Personalkosten ²⁾³⁾	A	- 5.743.150	- 5.743.150	- 5.743.150
Saldo	E u. A	-60.381.690	-52.282.172	-50.181.072
gepl. Erhöhg. LandschUml.	A	- 6.124.800	- 6.276.100	- 6.460.600
danach Gesamtsaldo		-66.506.490	-58.558.272	-56.641.672

¹⁾ 2003 errechnet nach Schnellbriefen SV 7645 u. 76 46 des ST NRW, "Auswirkung der jüngsten Steuerschätzung auf den Steuerverbund 2003", Folgejahre nach Orientierungsdaten des Landes

²⁾ mangels genauerer Angaben 2003 nach 2004 u. 2005 überrollt

³⁾ davon allein durch Änderungen in der Sozialversicherung 1.583.000 €